

Parlamentarische Empfehlung zur Nutzung und Bewirtschaftung des Urner Waldes

Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren

Im Namen der SVP Fraktion Uri reiche ich gemäss Art. 124 der GO des Urner LR mit meinen Mitunterzeichnern eine Parlamentarische Empfehlung ein zur Nutzung und Bewirtschaftung des Urner Waldes.

Da der Bundesrat beschlossen hat, den Ausstieg aus der Kernenergie durchzusetzen, sind wir gefordert, andere Energien zu nützen, auszubauen und zu fördern, da der Oelpreis massiv ansteigen wird.

Neben dem Wasser, dem Wind und der Sonne haben wir im Kanton Uri ein grosses Potenzial an Holz. Bereits mit den Wärmeverbundanlagen und einzelnen privaten Heiz-Systemen haben wir einen Teil zur Stossrichtung der Energieversorgung angefangen. Holz ist der Energielieferant vor der Haustüre.

Leider ist in letzter Zeit die Bewirtschaftung und Nutzung unserer Wälder mangels finanzieller Mittel nicht mehr oder mangelhaft erfolgt. Viele Waldregionen, vor allem Nutzholzwaldungen und auch die Schutzwälder, litten darunter. Toter Schutzwald erfüllt seine Schutzfunktion nicht mehr, er schadet indem kein Jungwald aufkommen kann, demzufolge keine Nachhaltigkeit vorhanden ist.

Klar ist, dass gerade in unserem Kanton fast alle Waldregionen als Bergwald bezeichnet werden können. Die Bewirtschaftung ist kostenintensiv, da doch die ganze Waldfläche nur mit Seilkrananlagen oder sogar per Helikopter bewirtschaftet werden kann, also unter erschwerten Bedingungen.

Um den Praxisweg aufzuzeigen, so kann man sagen, dass nach der Motorsäge der Seilkran oder der Helikopter kommt. Anschliessend braucht es Lagerplätze und Walderschliessungen um das anfallende Holz zu sortieren in Industrieholz oder Energieholz. Das Energieholz wird zu Häckselmaterial und das Industrie-

holz zu Baustoff verarbeitet. Da im Kanton Uri noch ein Manko in Sachen Erschliessung vorherrscht, fehlt in Schutzwäldern wie auch in Nutzwäldern noch ein wichtiges Glied in der Energiekette, wie dies eine Parlamentarische Initiative von Hr. Nationalrat Erich von Siebenthal, eingereicht im Nationalrat am 21. März 2013, zeigt. Zum Industrieholz finde ich, ist der Raumplanung in den letzten Jahren eine Rüge auszuteilen. Das zeigt der stete Rückgang der Sägewerke im Kanton Uri, somit sind einige Arbeitsplätze ja sogar Lehrstellen zu nichte gegangen, ich denke da an die Randregionen. Durch die nötigen Auflagen hätte an vielen Wohnbauten, Fassaden, Balkonen, Lärmschutzwänden etc. Holz eingesetzt werden können und könnte auch künftig eingesetzt werden.

Schwer fallen würde es mir, wenn im Kanton Uri das Energieholz aus Polen oder sonst aus den asiatischen Ländern importiert würde und der Urner Wald dem Schicksal überlassen würde, mit der Ausrede aus finanziellen Gründen. Da wäre die Frage dann angebracht: Wie wird die Nachhaltigkeit und der Selbstversorgungsgrad gewichtet?

Empfehlungen:

Dem Regierungsrat wird empfohlen, mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Bewirtschaftung der Wälder zu verbessern mit einer bedarfsgerechten Entschädigung.

Dem Regierungsrat wird empfohlen, allenfalls das Waldbewirtschaftungskonzept und dessen Aufwand der Urner Wälder beim Bund neu zu definieren und das Konzept Holzenergie im Kanton Uri vorzustellen und finanzielle Mittel anzufordern, analog der Initiative von Herrn von Siebenthal.

Dem Regierungsrat wird empfohlen, mit den Korporationen und dem Meliorationsamt in Sachen Erschliessungsstrassen, sei es in Planung oder Finanzierung, vermehrt zusammen zu arbeiten.

Besten Dank für die Bemühung und die Beantwortung.

Erstunterzeichner: Hans Gisler



Zweitunterzeichner: siehe Beiblatt

Zweitunterzeichner zur Parlamentarischen Empfehlung Nutzung und
Bewirtschaftung des Urner Waldes vom 16. September 2013.

Epp Bernhard Bürglen FDP

B. Bürglen

Inderkum Alex Schattdorf SP Grüne

A. Schattdorf

Ziegler Oswald Seelisberg CVP

O. Ziegler

Zurfluh Alois Attinghausen CVP

A. Attinghausen

Brand Toni Silenen

T. Brand

Epp Toni Silenen FDP

T. Epp

Als Beilage: Parlamentarische Initiative eingereicht am 21. März 2013 dem
Nationalrat von NR Erich v Siebental

zahlreichen Kreisen betont. Wie zu Beginn der Vernehmlassung angekündigt, wird das UVEK alle betroffenen Sektoren einladen, an der Erarbeitung des Aktionsplans mitzuwirken.

Das BAFU-Begleitgruppe zur Formulierung regionaler Biodiversitätsziele für den Wald hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. Olivier Guex vertritt die KoK in dieser Gruppe.

Die Kick-off-Tagung des BAFU zur partizipativen Erarbeitung des Aktionsplans zur „Strategie Biodiversität Schweiz“ hat am 9. November in Biel stattgefunden (Tagungsbericht liegt vor).

Eine dritte Sitzung der Strategie-Begleitgruppe, in der einerseits Vertretungen der Direktionen der betroffenen Bundesämter, andererseits Vertreterinnen bzw. Vertreter der kantonalen Direktorenkonferenzen, der Gemeinden und Städte, sowie aus der Politik und den relevanten Organisationen mitwirken, hat am 6. September 2013 stattgefunden mit folgenden Schwerpunkten: Information über Stand der Arbeiten am Aktionsplan Strategie Biodiversität Schweiz, Präsentation zentraler Massnahmenvorschläge, Diskussion spezifischer Fragestellungen aus den Aktionsbereichen I (Nachhaltige Nutzung der Biodiversität) und III (Ökonomische Werte).

2.2 Parlamentarische Initiativen und Standesinitiativen

13.415 – Parlamentarische Initiative; Bekämpfung gegen invasive Neobiota ermöglichen

Eingereicht von von Siebenthal Erich

Einreichungsdatum 21.03.2013; Eingereicht im Nationalrat

Stand der Beratung Im Plenum noch nicht behandelt

Eingereichter Text: Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Die Rechtsgrundlagen sind so anzupassen, dass invasive Neobiota wirksam bekämpft werden können.

1. Wo der Bund oder die Kantone die Bekämpfung von invasiven Neobiota anordnen oder rechtlich vorsehen, ist die Finanzierung durch Bund und Kantone sowie die Verursacher sicher zu stellen. Der Grundeigentümer hat die Massnahmen zu dulden.
2. Wo dies angezeigt ist, ist das Einführen, der Verkauf und die Verteilung von invasiven Neobiota zu untersagen.

Antwort Bundesrat: Ausstehend

13.414 – Parlamentarische Initiative; Waldpolitik 2020. Erschliessungen als Voraussetzung für die effiziente und wirksame Zielerreichung

Eingereicht von von Siebenthal Erich

Einreichungsdatum 21.03.2013, eingereicht im Nationalrat

Stand der Beratung: Im Plenum noch nicht behandelt;

in UREK-N auf 1. Juli 2013 traktandiert (FoDK hat zhd UREK-N dazu ein Positionspapier verfasst. Die UREK-N hat am 1. Juli mit deutlichem Mehr der Initiative zugestimmt.

Eingereichter Text: Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Die Rechtsgrundlagen und der Vollzug sowie die Zuweisung öffentlicher Mittel auf Bundesebene sind so anzupassen,

1. dass Walderschliessungen auf allen Waldflächen und nicht nur im Schutzwald mit Beiträgen des Bundes neu erstellt werden können.

2. dass bestehende Walderschliessungen den heutigen Anforderungen einer umweltschonenden und modernen Transportlogistik angepasst werden können.
3. dass der Unterhalt von bestehenden und neu erstellten Anlagen sichergestellt ist.
4. dass Seilkranbeiträge (temporäre Erschliessungen) auch ausserhalb des Schutzwaldes ausgerichtet werden können.

Antwort Bundesrat: Ausstehend

Die UREK-N hat am 1.7.2013 der Initiative Folge gegeben.

Am 17.9. 2013 kommt die Mo von Siebenthal „Erschliessung als Voraussetzung für die Nutzung des Ökorohstoffs Holz“ im NR zur Abstimmung (Motion 12.3877 / Vorgänger zu seiner pa.lv. 13.414 Erschliessung).

12.477 – Parlamentarische Initiative: Verwendung von Schweizer Holz in Bauten mit öffentlicher Finanzierung

Eingereicht von von Siebenthal Erich

Einreichungsdatum: 27.09.2012, eingereicht im Nationalrat

Stand der Beratung: Im Plenum noch nicht behandelt

Eingereichter Text: Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind zu schaffen, damit vermehrt Schweizer Holz bei Bauten zum Einsatz kommt.

Antwort Bundesrat: Ausstehend;

UREK-N hat beschlossen, der Initiative Folge zu geben (9.4.2013). Das BAFU hat dazu ein Rechtsgutachten im Auftrag gegeben, das inzwischen vorliegt. Die UREK-SR hat der Parl. Initiative am 22.08.2013 die Zustimmung erteilt

09.469 – Parlamentarische Initiative: Bestockte Weiden der Landwirtschaftszone zuteilen

Eingereicht von Favre Laurent NR

Einreichungsdatum: 12.06.2009, im NR

Stand der Beratung: Behandelt vom Nationalrat (2 x stattgegeben); 2. Runde im Ständerat ausstehend.

An der Sitzung vom 8. November 2012 hat die UREK-S diese Parlamentarische Initiative erneut beraten. Nachdem die UREK-S in einer ersten Beratung diese Initiative abgelehnt hat, hat der Nationalrat mit 88 zu 73 Stimmen sich für die Annahme dieser Initiative entschieden.

Die UREK-S hat am 8. November das Geschäft sistiert mit einem neuen Auftrag an die Verwaltung: Situation und Konsequenzen sind unter Berücksichtigung der neuen Agrarpolitik genau darzulegen. Der Bericht dazu sollte bei Ende 2013 vorliegen.

12.303 – Standesinitiative, Erleichterung der Nutzung sofort verfügbarer erneuerbarer Energien

Eingereicht von Bern

Einreichungsdatum: 22.02.2012

Stand der Beratung: Behandelt vom Ständerat; (s. auch Parl. Initiative 10.470)

Eingereichter Text: Die Bundesversammlung wird ersucht, die Gesetzesgrundlagen und administrativen Vorgaben des Bundes zur Erleichterten Realisierung von Holzlagerplätzen anzupassen.